

Naam project	Bedrag subsidie	Begunstigde	Nom projet	Montant subsidie	Bénéficiaire
Oprichting en implementatie van een lokaal expertisecentrum voor vrijwillige terugkeer op het grondgebied van de stad Aalst.	21.220 EUR	Stad Aalst	Fondation et implémentation d'un centre d'expertise local du retour volontaire dans la localité de la ville d'Alost	21.220 EUR	Ville d'Alost
My Future	60.358 EUR	Sint-Clara college Arendonk	My Future	60.358 EUR	Collège de Sainte Clara à Arendonk

Gegeven te Brussel 10 april 2016.

FILIP

Van Koningswege :
De Vice-Eersteminister
en Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken,
J. JAMBON
De Staatssecretaris voor Asiel en Migratie,
belast met Administratieve Vereenvoudiging,
T. FRANCKEN

Donné à Bruxelles, 10 avril 2016.

PHILIPPE

Par le Roi :
Le Vice-Premier Ministre
et Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur,
J. JAMBON
Le Secrétaire d'Etat à l'Asile et la Migration
chargé de la Simplification administrative,
T. FRANCKEN

FEDERALE OVERHEIDSDIENST
KANSELARIJ VAN DE EERSTE MINISTER

[C - 2016/00309]

10 OKTOBER 2014. — Koninklijk besluit tot oprichting van het Centrum voor Cybersecurity België. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van het koninklijk besluit van 10 oktober 2014 tot oprichting van het Centrum voor Cybersecurity België (*Belgisch Staatsblad* van 21 november 2014), zoals het werd gewijzigd bij het koninklijk besluit van 8 september 2015 tot wijziging van verschillende koninklijke besluiten ingevolge de oprichting van de Nationale Veiligheidsraad (*Belgisch Staatsblad* van 17 september 2015).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL
CHANCELLERIE DU PREMIER MINISTRE

[C - 2016/00309]

10 OCTOBRE 2014. — Arrêté royal portant création du Centre pour la Cybersécurité Belgique. — Coordination officieuse en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de l'arrêté royal du 10 octobre 2014 portant création du Centre pour la Cybersécurité Belgique (*Moniteur belge* du 21 novembre 2014), tel qu'il a été modifié par l'arrêté royal du 8 septembre 2015 modifiant divers arrêtés royaux suite à la création du Conseil national de sécurité (*Moniteur belge* du 17 septembre 2015).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

[C - 2016/00309]

10. OKTOBER 2014 — Königlicher Erlass zur Schaffung
des Zentrums für Cybersicherheit Belgien — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Königlichen Erlasses vom 10. Oktober 2014 zur Schaffung des Zentrums für Cybersicherheit Belgien, so wie er durch den Königlichen Erlass vom 8. September 2015 zur Abänderung verschiedener Königlicher Erlasse infolge der Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates abgeändert worden ist.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

10. OKTOBER 2014 — Königlicher Erlass zur Schaffung des Zentrums für Cybersicherheit Belgien

Artikel 1 - Beim Föderalen Öffentlichen Dienst Kanzlei des Premierministers wird das Zentrum für Cybersicherheit Belgien, nachstehend "ZCB" genannt, geschaffen.

Das ZCB untersteht der Amtsgewalt des Premierministers.

Art. 2 - § 1 - Für die Ausführung seiner Aufträge nimmt das ZCB die administrative und logistische Unterstützung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Kanzlei des Premierministers in Anspruch.

§ 2 - Für die Anwendung von Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 7. November 2000 zur Schaffung und Zusammensetzung der gemeinsamen Organe der föderalen öffentlichen Dienste gilt das ZCB als operativer Dienst.

Art. 3 - Als nationale Behörde hat das ZCB als Auftrag:

1. Beobachtung, Koordination und Beaufsichtigung der Ausführung der belgischen Politik in diesem Bereich,
2. Verwaltung durch einen integrierten und zentralisierten Ansatz der verschiedenen Projekte im Bereich der Cybersicherheit,
3. Gewährleistung der Koordination zwischen den betroffenen Dienststellen und Behörden und zwischen den öffentlichen Behörden und dem privaten oder wissenschaftlichen Sektor,
4. Formulierung von Vorschlägen zur Anpassung des gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Rahmens im Bereich der Cybersicherheit,

5. Gewährleistung des Krisenmanagements bei Cyberereignissen in Zusammenarbeit mit dem Koordinations- und Krisenzentrum der Regierung,
6. Aufsetzen, Verbreiten und Beaufsichtigung der Ausführung von Standards, Richtlinien und Sicherheitsnormen für die verschiedenen Informationssysteme der Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen,
7. Koordination der belgischen Vertretung in internationalen Foren zur Cybersicherheit, der Erfüllung internationaler Verpflichtungen und der Vorschläge hinsichtlich des nationalen Standpunktes in diesem Bereich,
8. Koordinierung der Beurteilung und Zertifizierung der Sicherheit von Informations- und Kommunikationssystemen,
9. Informierung und Sensibilisierung von Nutzern von Informations- und Kommunikationssystemen.

Art. 4 - Für die Ausführung seiner Aufträge verfügt das ZCB über eigene Personalhaushaltsmittel und einen eigenen Personalplan.

Art. 5 - Das ZCB wird von einem Direktor geleitet. Ihm steht ein beigeordneter Direktor bei. Sie gehören verschiedenen Sprachrollen an.

Sie unterstehen der unmittelbaren Amtsgewalt des Premierministers.

Im Rahmen der Aufträge des ZCB setzt der Direktor den Premierminister von allen Angaben, die für die Cybersicherheit von Bedeutung sein können, in Kenntnis und unterbreitet ihm jegliche Vorschläge, die ihm zweckdienlich erscheinen.

Art. 6 - § 1 - Damit Bewerber zum Direktor ernannt werden können, müssen sie:

1. Inhaber eines Diploms oder Studienzeugnisses sein, das Zugang zu einer Funktion der Stufe A in den föderalen öffentlichen Diensten gewährt,
2. über eine mindestens sechsjährige Managementenerfahrung im öffentlichen und/oder privaten Sektor oder über eine mindestens neunjährige zweckdienliche Berufserfahrung verfügen,
3. über die Kompetenzen, relationalen Fähigkeiten, Organisations- und Führungsfähigkeiten verfügen und die Bedingungen in Bezug auf die funktionspezifische Kenntnis und Erfahrung erfüllen, die in der Funktionsbeschreibung und im Kompetenzprofil festgelegt sind, insbesondere was die Kenntnis der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien betrifft,
4. eine gute Kenntnis der Arbeitsweise der öffentlichen Dienste haben.

§ 2 - Damit Bewerber zum beigeordneten Direktor ernannt werden können, müssen sie:

1. über eine mindestens sechsjährige zweckdienliche Berufserfahrung verfügen,
2. über die Kompetenzen, relationalen Fähigkeiten, Organisations- und Führungsfähigkeiten verfügen und die Bedingungen in Bezug auf die funktionspezifische Kenntnis und Erfahrung erfüllen, die in der Funktionsbeschreibung und im Kompetenzprofil festgelegt sind.

§ 3 - Ab ihrer Bestimmung müssen Bewerber um die Funktion als Direktor oder beigeordneter Direktor darüber hinaus:

1. Belgier sein,
2. einer den Anforderungen der Funktion entsprechenden Führung sein,
3. die zivilen und politischen Rechte besitzen,
4. Inhaber einer Sicherheitsermächtigung der Stufe "streng geheim" aufgrund des Gesetzes vom 11. Dezember 1998 über die Klassifizierung und die Sicherheitsermächtigungen, -bescheinigungen und -stellungen sein.

§ 4 - Das Dienstalter in den Klassen A3, A4 und A5 des föderalen administrativen öffentlichen Dienstes oder in einem damit gleichwertigen Dienstgrad im Rang oder einer damit gleichwertigen Klasse in den Diensten der Gemeinschafts- und Regionalregierungen, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Flämischen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission oder der von diesen Diensten abhängenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird für die Berechnung der in § 1 Nr. 2 und § 2 Nr. 1 erwähnten Managementenerfahrung beziehungsweise Berufserfahrung berücksichtigt.

§ 5 - Die Funktionsbeschreibung und das Kompetenzprofil für die Funktion als Direktor oder beigeordneter Direktor werden nach Stellungnahme [des Nationalen Sicherheitsrates] vom Premierminister bestimmt.

[Art. 6 § 5 abgeändert durch Art. 8 des K.E. vom 8. September 2015 (B.S. vom 17. September 2015)]

Art. 7 - Der Direktor und der beigeordnete Direktor werden nach Stellungnahme [des Nationalen Sicherheitsrates] von Uns durch einen im Ministerrat beratenen Erlass für ein Mandat von fünf Jahren ernannt.

Ihr Mandat kann höchstens zweimal erneuert werden.

[Art. 7 Abs. 1 abgeändert durch Art. 8 des K.E. vom 8. September 2015 (B.S. vom 17. September 2015)]

Art. 8 - Haben der Direktor oder der beigeordnete Direktor bereits die Eigenschaft eines Staatsbediensteten in einem anderen föderalen öffentlichen Dienst, werden sie dort für die Dauer ihres Mandats wegen Auftrag allgemeinen Interesses von Amts wegen beurlaubt. In Abweichung von Artikel 109 des Königlichen Erlasses vom 19. November 1998 über die den Personalmitgliedern der Staatsverwaltungen gewährten Urlaubsarten und Abwesenheiten können ihre Stellen nicht für vakant erklärt werden und nur durch Gewährung eines höheren Amtes besetzt werden.

Art. 9 - Haben der Direktor oder der beigeordnete Direktor nicht die Eigenschaft eines Staatsbediensteten, unterliegen sie unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses für die Dauer ihres Mandats den Bestimmungen des Statuts der Staatsbediensteten mit Ausnahme der Bestimmungen in Bezug auf Anwerbung, Bewertung und Laufbahn. Sie unterliegen jedoch der Sozialversicherungsregelung der Vertragspersonalmitglieder des Staates.

Art. 10 - § 1 - Der Direktor oder der beigeordnete Direktor üben ihre Aufgabe Vollzeit aus. Während ihres Mandats können ihnen folgende Urlaubsarten beziehungsweise Abwesenheiten nicht gewährt werden:

1. Urlaub wegen Laufbahnunterbrechung, außer wenn diese im Zusammenhang mit Elternschaftsurlaub, Palliativpflege beziehungsweise Pflege bei schwerer Krankheit steht,
2. Urlaub wegen Kandidierung bei den Wahlen der Abgeordnetenversammlung, der Gemeinschafts- oder Regionalparlamente oder der Provinzialräte oder wegen Ausübung eines Amtes in einem Strategie-Organ oder im Kabinett eines Ministers oder Staatssekretärs oder im Kabinett des Präsidenten oder eines Mitgliedes einer Gemeinschaftsregierung, einer Regionalregierung, des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission oder des Kollegiums der Französischen Gemeinschaftskommission,
3. Urlaub wegen Absolvierung einer Probezeit in einer anderen Stelle eines öffentlichen Dienstes,

4. Aufnahme- und Ausbildungsurlaub,
5. Urlaub wegen Erbringung von Leistungen als Freiwilliger beim Zivilschutzkorps in Friedenszeiten,
6. Urlaub wegen Begleitung und Betreuung von Behinderten und Kranken,
7. Urlaub wegen Auftrag allgemeinen Interesses,
8. Erlaubnis, sein Amt aus persönlichen Gründen teilweise auszuüben, im Rahmen der Viertageweche mit und ohne Prämie und im Rahmen der Halbzeitbeschäftigung ab fünfzig oder fünfundfünfzig Jahren,
9. langfristige Abwesenheit aus persönlichen Gründen,
10. Urlaub, so wie erwähnt im Königlichen Erlass vom 12. August 1993 über den Urlaub, der bestimmten Bediensteten der Staatsdienste, die zur Verfügung des Königs oder der Prinzen und Prinzessinnen von Belgien gestellt werden, gewährt wird, und im Königlichen Erlass vom 2. April 1975 über den Urlaub, der bestimmten Personalmitgliedern der öffentlichen Dienste gewährt wird, um bestimmte Leistungen zugunsten der anerkannten Fraktionen in den föderalen, gemeinschaftlichen oder regionalen gesetzgebenden Versammlungen oder zugunsten der Vorsitzenden dieser Fraktionen zu erbringen.

§ 2 - Sie dürfen keine öffentlichen oder privaten Stellen oder Tätigkeiten ausüben, die die Unabhängigkeit oder die Würde des Amtes gefährden könnten.

Art. 11 - Der Direktor wird einem Staatsbediensteten der Klasse A5 gleichgestellt.

Seine Gehaltstabelle ist die Gehaltstabelle NA54, die in Artikel 8 Absatz 4 [*sic, zu lesen ist: Absatz 5*] des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 2013 über die Besoldungslaufbahn der Personalmitglieder des föderalen öffentlichen Dienstes erwähnt ist.

Der beigeordnete Direktor wird einem Staatsbediensteten der Klasse A4 gleichgestellt.

Seine Gehaltstabelle ist die Gehaltstabelle NA44, die in Artikel 8 Absatz 4 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 2013 über die Besoldungslaufbahn der Personalmitglieder des föderalen öffentlichen Dienstes erwähnt ist.

Leistungen, die zur Erfüllung der in Artikel 6 § 1 Nr. 2 oder § 2 Nr. 1 aufgenommenen Bedingungen angenommen werden, werden für die Festlegung des finanziellen Dienstalters berücksichtigt.

Art. 12 - § 1 - Die Funktion als Direktor oder beigeordneter Direktor endet von Rechts wegen und ohne dass dies ihnen notifiziert werden muss:

1. nach Ablauf der in Artikel 7 Absatz 2 erwähnten Zeitraums,
2. wenn sie das Alter von fünfundsechzig Jahren erreichen,
3. wenn sie in eine andere Funktion bestimmt werden, ab dem ersten Tag, an dem sie diese neue Funktion tatsächlich ausüben,
4. wenn sie tatsächlich eine der in Artikel 10 § 1 erwähnten Urlaubsarten in Anspruch nehmen.

§ 2 - Auf Vorschlag des Premierministers und nach Stellungnahme [des Nationalen Sicherheitsrates] können der Direktor und der beigeordnete Direktor von Uns durch einen im Ministerrat beratenen Erlass wegen Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen abberufen werden.

§ 3 - Der Premierminister kann das Mandat des Direktors oder des beigeordneten Direktors verlängern, wenn das Verfahren zu ihrer Ersetzung eingeleitet worden ist, ordnungsgemäß fortgesetzt wird, jedoch noch nicht zu einer Bestimmung geführt hat. Diese Verlängerung ist auf sechs Monate beschränkt und kann erneuert werden.

[*Art. 12 § 2 abgeändert durch Art. 8 des K.E. vom 8. September 2015 (B.S. vom 17. September 2015)*]

Art. 13 - Am Ende ihres Mandats erhalten der Direktor und der beigeordnete Direktor nach Stellungnahme [des Nationalen Sicherheitsrates] eine Bewertung vonseiten des Premierministers.

[*Art. 13 abgeändert durch Art. 8 des K.E. vom 8. September 2015 (B.S. vom 17. September 2015)*]

Art. 14 - Wenn die Funktion als Direktor oder beigeordneter Direktor vom Premierminister für vakant erklärt wird und der Funktionsinhaber sich bewirbt, erhält er ein neues Mandat, sofern er mindestens die Endnote "entspricht den Erwartungen" erhält.

Wenn die Bewertung mit der Note "zu entwickeln" abgeschlossen wird, darf der ausgeschiedene Funktionsinhaber sich erneut bewerben.

Wenn die Bewertung mit der Note "ungenügend" abgeschlossen wird, endet das Mandat am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem die Note erteilt worden ist, und der ausgeschiedene Funktionsinhaber darf sich nicht erneut bewerben.

Art. 15 - Falls in Anwendung von Artikel 14 Absatz 2 und 3 das Mandat des Direktors oder des beigeordneten Direktors nicht erneuert wird oder die Funktion nicht mehr für vakant erklärt wird, erhält der Direktor oder der beigeordnete Direktor eine Entlassungsschädigung.

Die Entlassungsschädigung entspricht einem Zwölftel ihres Jahresgehalts.

Die Entschädigung entspricht neunmal der Entlassungsschädigung, es sei denn, die Bewertung wird mit der Endnote "ungenügend" abgeschlossen. In diesem Fall entspricht die Entschädigung dreimal der Entlassungsschädigung.

Die Entlassungsschädigung wird monatlich ausgezahlt, sofern der Betreffende jeden Monat eine eidesstattliche Erklärung einreicht, aus der hervorgeht, dass er während des betreffenden Zeitraums weder ein Berufseinkommen noch eine Pension bezogen hat. Hat der Betreffende eine falsche eidesstattliche Erklärung eingereicht, schuldet er einen Betrag, der der unrechtmäßig ausgezahlten Entlassungsschädigung entspricht.

Art. 16 - Wenn der Direktor oder der beigeordnete Direktor während des Mandats das Alter von fünfundsechzig Jahren erreichen, können sie die Verlängerung ihres Mandats bis zu dessen Ende pro Zeitraum von höchstens einem Jahr beantragen. Der Beschluss obliegt dem Premierminister. Der Verlängerungsantrag wird mindestens sechs Monate vor dem Datum des fünfundsechzigsten Geburtstages oder des Ablaufs der Verlängerung eingereicht.

Art. 17 - Das ZCB übernimmt vom Föderalen Öffentlichen Dienst Informations- und Kommunikationstechnologie die Verwaltung des Dienstes Computer Emergency Response Team (CERT), der damit beauftragt ist, im Netz vorhandene Sicherheitsprobleme aufzuspüren, zu observieren und zu untersuchen und die Nutzer laufend darüber zu informieren.

Art. 18 - Artikel 2 § 2 des Königlichen Erlasses vom 11. Mai 2001 zur Schaffung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Informations- und Kommunikationstechnologie, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 9. Mai 2012, wird aufgehoben.

Art. 19 - Der Premierminister, der für den Haushalt zuständige Minister und der für die Modernisierung der Öffentlichen Dienste zuständige Minister sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2016/03165]

25 APRIL 2016. — Koninklijk besluit tot wijziging, met het oog op de tenuitvoerlegging van verordening (EU) nr. 596/2014, van het koninklijk besluit van 14 november 2007 betreffende de verplichtingen van emittenten van financiële instrumenten die zijn toegelaten tot de verhandeling op een gereglementeerde markt en van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 houdende nadere regels voor bepaalde multilaterale handelsfaciliteiten

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Het besluit dat U ter ondertekening wordt voorgelegd, strekt ertoe de bepalingen van het koninklijk besluit van 14 november 2007 betreffende de verplichtingen van emittenten van financiële instrumenten die zijn toegelaten tot de verhandeling op een gereglementeerde markt en van het koninklijk besluit van 21 augustus 2008 houdende nadere regels voor bepaalde multilaterale handelsfaciliteiten waarvan de inhoud vanaf 3 juli 2016 wordt vervangen door verordening 596/2014 betreffende marktmisbruik, op te heffen. Er worden ook twee kruisverwijzingen aangepast.

Verordening 596/2014 heft immers met ingang van 3 juli 2016 de huidige richtlijn marktmisbruik 2003/6/EG en de richtlijnen 2003/124/EG, 2003/125/EG en 2004/72/EG tot uitvoering van die richtlijn op en vervangt deze door een geactualiseerd rechtskader. Door voorschriften inzake marktmisbruik in de vorm van een verordening vast te stellen, wordt ervoor gezorgd dat deze rechtstreeks van toepassing zijn. De voorgestelde opheffingen en wijzigingen gebeuren dan ook ten behoeve van de rechtszekerheid.

COMMENTAAR BIJ DE ARTIKELEN

HOOFDSTUK I. — Inleidende bepaling

Artikel 1

Artikel 1 verwijst naar de verordening van het Europees Parlement en de Raad die door dit besluit gedeeltelijk in Belgisch recht wordt tenuitvoergelegd.

HOOFDSTUK II. — *Wijzigingen van het koninklijk besluit van 14 november 2007 betreffende de verplichtingen van emittenten van financiële instrumenten die zijn toegelaten tot de verhandeling op een gereglementeerde markt*

Artikel 2

De verwijzing naar richtlijnen 2003/6/EG en 2003/124/EG in artikel 1 wordt opgeheven om te vermijden dat verkeerdelijk de indruk ontstaat dat delen van het koninklijk besluit van 14 november 2007 nog steeds de omzetting zouden vormen van deze richtlijnen, terwijl onderhavig koninklijk besluit er net toe strekt dergelijke bepalingen op te heffen.

Artikel 3

Voor de omschrijving van voorkennis in de definitie van gereglementeerde informatie wordt de kruisverwijzing naar artikel 31 van het koninklijk besluit van 14 november 2007, dat zal worden opgeheven, vervangen door een verwijzing naar artikel 7 van verordening 596/2014, dat vanaf 3 juli 2016 rechtstreeks van toepassing is. De aldus gewijzigde definitie blijft aldus tot omzetting strekken van artikel 2.1.k van richtlijn 2004/109/EG.

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2016/03165]

25 AVRIL 2016. — Arrêté royal modifiant, en vue de mettre en œuvre le règlement (UE) n° 596/2014, l'arrêté royal du 14 novembre 2007 relatif aux obligations des émetteurs d'instruments financiers admis à la négociation sur un marché réglementé et l'arrêté royal du 21 août 2008 fixant les règles complémentaires applicables à certains systèmes multilatéraux de négociation

RAPPORT AU ROI

Sire,

L'arrêté soumis à Votre signature vise à abroger les dispositions de l'arrêté royal du 14 novembre 2007 relatif aux obligations des émetteurs d'instruments financiers admis à la négociation sur un marché réglementé et celles de l'arrêté royal du 21 août 2008 fixant les règles complémentaires applicables à certains systèmes multilatéraux de négociation dont le contenu sera remplacé, à partir du 3 juillet 2016, par le règlement 596/2014 relatif aux abus de marché. L'arrêté adapte en outre deux références croisées.

Le règlement 596/2014 abroge en effet, à compter du 3 juillet 2016, l'actuelle directive abus de marché 2003/6/CE ainsi que les directives 2003/124/CE, 2003/125/CE et 2004/72/CE portant modalités d'application de cette directive, et leur substitue un cadre juridique actualisé. Le recours à un règlement pour mettre en place des exigences en matière d'abus de marché garantit le caractère directement applicable de ces exigences. Les abrogations et modifications proposées sont dès lors opérées dans un souci de sécurité juridique.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

CHAPITRE I^{er}. — *Disposition introductive*

Article 1^{er}

L'article 1^{er} fait référence au règlement du Parlement européen et du Conseil dont le présent arrêté assure la mise en œuvre partielle en droit belge.

CHAPITRE II. — *Modifications de l'arrêté royal du 14 novembre 2007 relatif aux obligations des émetteurs d'instruments financiers admis à la négociation sur un marché réglementé*

Article 2

La référence faite, à l'article 1^{er}, aux directives 2003/6/CE et 2003/124/CE est supprimée afin d'éviter de donner, à tort, l'impression que des dispositions de l'arrêté royal du 14 novembre 2007 constituent encore la transposition de ces directives, alors que le présent arrêté a précisément pour objet d'abroger ces dispositions.

Article 3

Dans la définition d'"informations réglementées", la référence croisée faite, pour la description des informations privilégiées, à l'article 31 de l'arrêté royal du 14 novembre 2007, qui sera abrogé, est remplacée par une référence à l'article 7 du règlement 596/2014, lequel sera directement applicable à partir du 3 juillet 2016. La définition ainsi modifiée reste, de la sorte, la transposition de l'article 2.1.k de la directive 2004/109/CE.